



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *PP-Chef Mariano Rajoy bei Angela Merkel in Berlin*



Am Tag nach den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge traf der Vorsitzende der spanischen Volkspartei, Mariano Rajoy, in Berlin mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (Foto) zusammen. Rajoy beglückwünschte die Bundeskanzlerin zu der gelungenen Veranstaltung in Berlin und hob die Bedeutung der „Berliner Erklärung“ für die Weiterentwicklung der Europäischen Union hervor. Die Erklärung, so Rajoy, sei auch deswegen wichtig, da sie die gemeinsamen Werte, auf die das heutige Europa beruhe, deutlich unterstreiche. Der Oppositionsführer versprach, er werde sich im spanischen Parlament dafür einsetzen, dass Europa sich zu seinen christlichen Wurzeln bekenne.

Vor allem die konservativen Blätter berichteten ausführlich über den Besuch des PP-Vorsitzenden. Die ABC titelt: „Rajoy will, dass Europa sich seiner christlichen Wurzeln besinnt“. Die Zeitung berichtet, bei dem 40-minütigen Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Rajoy habe sich um das

erste „bilaterale Treffen“ der beiden gehandelt. Inhalt des Gespräches seien die Ergebnisse der Beratungen zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gewesen. Rajoy habe zudem deutlich gemacht, dass er mit Frau Dr. Merkel in Bezug auf die Anerkennung der christlichen Wurzeln Europas übereinstimme. Weiterhin plane er, den Text der „Berliner Erklärung“ nach seiner Rückkehr im spanischen Kongress zu verlesen, so die ABC.

„La Razón“, eine ebenfalls den Konservativen nahe stehende Tageszeitung, widmete sich der geplanten Übernahme des Endesa-Konzerns durch E.ON: „Rajoy vermied es, mit Merkel über E.ONs Übernahmeangebot aus Gründen der ‚Kohärenz‘ zu sprechen, und bat, den Markt zu respektieren“. Die liberale Tageszeitung „El Mundo“ berichtete in einem kurzen Schlaglicht, dass Mariano Rajoy seinen Berlin-Besuch bis zum letzten Augenblick genossen habe. So konnte er außer dem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und einer Vortragsveranstaltung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin mit seiner Frau das

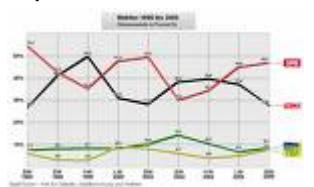


nahe gelegene Potsdam besuchen und in der Nähe des Reichstags eine „typisch deutsche Bratwurst“ essen. Zufällig anwesende spanische Erasmus-Studenten hätten die Gelegenheit genutzt, um Fotos zu machen und seiner Frau Blumen zu überreichen.

Die eher den Sozialisten nahe stehende „El País“ druckte ein großes, farbiges Foto der sich Hände schüttelnden Kanzlerin und des PP-Vorsitzenden. Der zugehörige Artikel behandelt aber Antiterrorismuspolitik, auf den Besuch Rajoy in Deutschland wurde nur in einem Nebensatz eingegangen.

### >> **Umfrage: Sozialisten liegen wieder vor der PP**

Nach einer aktuellen Umfrage des regierungsnahen Umfrageinstitutes Opina hat die sozialistische Partei



von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero nach

drei Jahren an der Regierung immer noch die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung.

Demnach käme die PSOE bei Parlamentswahlen auf 42 Prozent, das sind 3,5 Prozent mehr als die oppositionelle PP, die nur 38,5 Prozent erreichen würde. Während die Sozialisten damit im Vergleich zur Wahl von 2004 minimal verlieren, legt die Volkspartei um einen Prozentpunkt zu. Drittstärkste Kraft würde die kommunistische Vereinigte Linke (IU) mit 5 Prozent werden. Die liberal-christdemokrati-

sche CiU, ein potentieller Koalitionspartner der PP, läge mit 3,8 Prozent vor den katalanischen Linksnationalisten ERC (2%) und den baskischen Nationalisten PNV (1%).

In der Bewertung der Politiker führt weiterhin Spaniens Regierungschef Zapatero mit 1,3 Punkten Vorsprung zu Oppositionsführer Mariano Rajoy.

### >> **Wiederaufnahme des „Friedensprozesses“ immer wahrscheinlicher**

Trotz der tödlichen Anschläge der ETA vom 30. Dezember 2006 auf dem Madrider Flughafen, der die neunmonatige Waffenruhe jäh beendete, mehren sich die Anzeichen, dass Spanien unmittelbar vor einem Neustart des „Friedensprozesses“ zwischen Regierung und ETA steht. Einerseits hat Ministerpräsident José Luis Rodríguez (Foto)



Zapatero selbst mehrfach angedeutet, dass der Prozess fortgesetzt werden müsse, denn eine Alternative zur Lösung des baskischen Konflikts gebe es nicht.

Andererseits scheinen neueste Umfragen den Regierungskurs im Umgang mit der ETA und ihrem politischen Arm, Batasuna, zu unterstützen. Laut Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Opina sind 48,4 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Regierung den Dialog mit der ETA wieder aufnehmen solle, während sich 39,2

Prozent dagegen aussprechen. Innerhalb der Parteien befürworten nur 22 Prozent der PP-Anhänger den Dialog mit der Terrororganisation. Hingegen sprechen sich 62,9 Prozent der Unterstützer der Regierungspartei PSOE und 71 Prozent der Sympathisanten der kommunistischen Vereinten Linke (IU) für die Regierungspolitik aus.

Auch bezüglich der umstrittenen Frage der Wiedezulassung der Batasuna-Partei befürworten laut Umfrage nur acht Prozent einen Antritt der im Jahr 2002 für illegal erklärten Partei zu den Kommunalwahlen Ende Mai. Wäre die Batasuna allerdings bereit, der Gewalt abzuschwören und das Parteiengesetz einzuhalten, würden 44 Prozent die Wiedezulassung von Batasuna unterstützen. Gegen eine Teilnahme der Batasuna an den kommenden Wahlen sind allerdings 40,6 Prozent.

Auch wenn sich nach den Umfrageergebnissen eine Mehrheit der Spanier für eine Neuauflage des „Friedensprozesses“ der Regierung auszusprechen scheint, so bleiben manche Entscheidungen der Regierung in der Antiterrorpolitik weiterhin höchst umstritten. Entsprechend bezeichnen 58 Prozent der befragten Spanier die Entscheidung der Regierung, den hungerstreikenden ETA-Häftling Ignacio de Juana Chaos aus der Haft zu entlassen, als Fehler. Dem gegenüber sind 32,7 Prozent der Ansicht, die Regierung habe eine richtige Entscheidung getroffen. Geteilt sind die Spanier auch in der Frage nach den Konsequenzen der Entschei-

dung im Fall de Juana Chaos. Während 37,8 Prozent der Meinung sind, dass die Entscheidung die Gewalt der ETA beenden kann, glaubt die annähernd gleiche Anzahl von Befragten, dass die ETA sich nicht davon beeindruckt lassen wird. Sie werde sich nicht von Terroranschlägen abhalten lassen. Die Umfrage wurde von der regierungsfreundlichen Tageszeitung „El País“ in Auftrag gegeben. Daher überrascht es nicht, dass die Opposition im Hinblick auf ihre Antiterrorpolitik schlecht abschneidet. Die Strategie der Volkspartei, die Regierung von Ministerpräsident Zapatero über groß angelegte Demonstrationen und Protestaktionen in zahlreichen Städten zu kritisieren, empfinden 66,9 Prozent der Befragten nicht als geeignetes Mittel. Lediglich 28,6 Prozent befürworten die Protestaktionen der Volkspartei.

Die Umfrage erweckt den Eindruck, dass Spanien über die Medien auf einen neuen „Friedensprozess“ vorbereitet werden soll. Derartige Signale kommen auch immer eindeutiger aus der Moncloa, dem Regierungssitz von Ministerpräsident Zapatero. Die Regierung hat keine andere Alternative, als den „Friedensprozess“ zu erneuern. Würde sie diesen endgültig für beendet erklären, wäre dies das Eingeständnis des Versagens der Antiterrorpolitik Zapateros. Letztendlich würde davon nur die oppositionelle Volkspartei profitieren. Umso mehr ist Zapatero davon überzeugt, dass es kein Zurück zur Antiterrorpolitik von Aznar gibt.

## >> **Baskischer Regierungschef Ibarretxe vor Gericht**

Anfang vergangener Woche begann vor dem Obersten Landesgericht der Prozess gegen den baskischen Regionalpräsidenten Juan José Ibarretxe (Foto) von der Baskischen Nationalistenpartei PNV. Ihm wird vorgeworfen, sich illegal mit dem Batasuna-Chef,



Arnaldo Otegi, im Januar diesen Jahres kurz nach den Anschlägen am Madrider Flughafen getroffen zu haben.

Ibarretxe bestritt dies nicht. „Ich habe das getan und ich werde es auch weiterhin tun, weil ich den Basken mein Wort gegeben habe, mich für den Frieden einzusetzen“,



so Ibarretxe. Auch Otegi (Foto) und Etxebarria, deren Anhörung kurz vor der des Regierungschefs des Baskenlandes stattfand, beschränkten sich auf die Aussage, dass sie für die Lösung des Konfliktes im Baskenland mit allen Beteiligten zusammenarbeiten würden und beantworteten keine weiteren Fragen.

Während der Gerichtsverhandlung kam es zu teils gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des baskischen Regierungschefs. Rund 500 Menschen hatte sich vor den Toren der Gerichts versammelt, als ein führendes Mitglied des Opferverbandes Foro de Ermua von einem

radikalen Nationalisten angegriffen und verletzt wurde. Empört äußerte sich Ibarretxe über den Vorfall. In Anspielung auf seinen eigenen Fall vor einem baskischen Gericht sagte Ibarretxe, er habe sich nie vorstellen können, dass Nationalisten jemals andere Basken angreifen würden, nur weil diese von ihren Rechten Gebrauch machen.

## >> **Batasuna kämpft um Teilnahme bei den Wahlen**

In weniger als zwei Monaten sind



in ganz Spanien Kommunal- und in dreizehn Regionen gleichzeitig Regionalwahlen. Entsprechend wenig Zeit hat die illegale Batasuna, sich noch ordnungsgemäß anzumelden. Die Wiederezulassung der Batasuna als Partei steht noch nicht fest, und die Regierung von Ministerpräsident Zapatero zögert weiterhin, das Verbot aus dem Jahr 2002 aufzuheben. Die Regierung hofft nach wie vor auf ein positives Zeichen aus dem Batasuna-Lager bzw. dem Umfeld der ETA, um Batasuna erneut als Partei zu den bevorstehenden Wahlen zuzulassen. Das Parteiengesetz werde in seiner ganzen Strenge Anwendung finden, so Regierungschef Zapatero. Er fügte hinzu, dass es allerdings auch Interpretationsgrenzen gäbe: „Man muss die Kandidaten und Bedingungen abwarten.“ Die Entscheidungen der Gerichte in den jüngsten Fällen – die Hafterleich-



terung des ETA-Terroristen de Juana Chaos und den Freispruch des Batasuna-Chefs Arnaldo Otegi – hätten keinerlei Einfluss auf die Diskussion, betonte Zapatero.

Währenddessen präsentierte die Batasuna in den südfranzösischen Provinzen, die von den baskischen Nationalisten als Teil des Baskenlandes angesehen werden, bereits Kandidaten für die dortigen Wahlen am 10. Juni. Im spanischen Teil wiederum sorgte der Antrag von Marije Fullaondo auf die Zulassung einer neuen Partei beim Innenministerium für Aufsehen. Marije Fullaondo war in den Wahlen zum Europäischen Parlament von 2004 als Spitzenkandidatin der ETA-nahen Partei „Herritarren Zerranda“ angetreten. Die neue Partei, Abertzale Sozialisten Batasuna (ASB), ebenfalls dem ETA-Umfeld zuzurechnen, wird daher als weiterer Versuch der Batasuna gesehen, erneut institutionell im Baskenland Fuß zu fassen. Der Generalstaatsanwalt hat bereits signalisiert, dass die neue Partei nicht die Normen des Parteiengesetzes erfüllt. Er hat bereits Antrag auf ein Verbot der ASB gestellt.

## >> „11-M“-Prozess: PP-Politiker verweigert die Aussage



Gegen den ehemaligen Leiter der Nationalpolizei „Guardia Civil“, Agustín Díaz de la Mera (Foto), wurde ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro verhängt,

da er sich weigerte, den Namen eines Informanten preiszugeben, der ihn über einen geheimen Bericht informiert hatte, der dem Ermittlungsrichter zu den Madrider Anschlägen vom 11. März 2004 angeblich vorenthalten worden war. Díaz de la Mera, der heute für die PP im Europaparlament sitzt, war vom Obersten Strafgericht als Zeuge geladen worden, nachdem er im September 2006 in einem



Interview mit dem spanischen Radiosender COPE über den unbekanntem Informanten und dessen Bericht, der verschiedene Verbindungen der baskische Terrororganisation ETA zu den islamistischen Urhebern des Attentats vom 11. März herstellen soll, berichtet hatte.

Díaz de la Mera versicherte lediglich, dass es sich bei der Person um eine glaubwürdige Polizeiquelle handele, die er jedoch nicht kompromittieren wolle. Er würde lieber die Konsequenzen tragen, als den Namen preiszugeben.

Durch sein Verhalten provozierte Díaz de la Mera einen Aufschrei in der spanischen Politik. Die sozialistische PSOE bezichtigt den Polizeichef der „absichtlichen Lüge“, um die Justiz zu verwirren, und fordert seinen Rücktritt als Europaabgeordneter. Die Vereinte Linke (IU) nannte Díaz de la Mera einen „schwarzen Handlanger der Verschwörung“.



Die Kritik durch die Volkspartei fiel dagegen etwas spärlicher aus. Der PP-Chef Mariano Rajoy (Foto), mahnte Díaz de la

Mera, wie jeder andere Bürger mit der Justiz zu kooperieren. Zwar könne er dessen Dilemma zwischen dem Versprechen gegenüber seinem Informanten und den Anforderungen der Justiz nachvollziehen; dennoch sei die Situation "unmöglich" und der Europaparlamentarier solle seine Quelle preisgeben.

Zwei PP-Abgeordnete hingegen lobten den „Mut“ und die „Ehrlichkeit“ des Zeugen im Gericht. Jaime Ignacio del Burgo von der PP-Schwesterpartei UPN aus Navarra verteidigte die Geheimhaltung von Informationen, da es sich um Terrorismus handle, während Alicia Castro seine Verschwiegenheit als „Zeichen seines Verantwortungsbewusstseins“ wertete. Jaime Mayor Oreja (Foto), einst spanischer



Innenminister und heute Chef der spanischen Gruppe der Europaabgeordneten der PP, ging dagegen zum Gegenangriff über und kritisierte das "Verhalten der Aasgeier" von der PSOE.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Michael Däumer/ Adriaan Kühn/

Karolina Jenninger/ Jana Lenz

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2

28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)